

Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 30.10.2018

Zur Aktuellen Stunde „Bezahlbaren Wohnraum schaffen–Lebensqualität erhalten“ betont Giesela Brandes-Steggewentz für die Fraktion DIE LINKE.:

„Es ist ein Skandal! Die Probleme auf dem Wohnungsmarkt sind bekannt: die Mieten steigen, immer mehr sozialgebundene Wohnungen fallen aus der Bindung, kurzum bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware.

Die Vorgaben des „Handlungsprogramms Bezahlbarer Wohnraum“ greifen nicht, um diesen Trends entgegenzuwirken. Erst im August hat die Verwaltung uns in einem Sachstandsbericht mitgeteilt, dass die Quoten zur Schaffung sozialgebundener Wohnungen von den privaten Vorhabenträger*innen nicht erfüllt werden können.

Aber für marktferne Lösungen gibt es keine Mehrheit im Rat. Wir müssten als Kommune selbst aktiv werden. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich das Bürger*innenbegehren „Bezahlbarer Wohnraum für alle“. Auch freuen wir uns über die Unterstützung durch den „Runden Tisch Kinderarmut“ und sprechen uns für ein Memorandum bezüglich des Verkaufs von städtischen Wohnungen und Baugrundstücken aus, bis über die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft entschieden wurde!“

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Gegen die kommunale Schuldenspirale–Osnabrück unterstützt Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ erklärt Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz:

„Seit Jahren konsolidieren wir den Haushalt unserer Stadt. Vom Land Niedersachsen wird Osnabrück als „finanzschwache Kommune“ geführt. Auch nach Jahren der Einsparung hatten wir zum Abschluss des Haushaltsjahres 2016 knapp über 120.000.000 Euro Liquiditätskredite.

Unsere Stadt steht damit bei weitem nicht alleine da. Es gibt zahlreiche überschuldete Kommunen in der Bundesrepublik. Mittlerweile haben sich bereits 70 Kommunen aus verschiedenen Bundesländern zusammengeschlossen, um sich gemeinsam für eine Neuordnung des kommunalen Finanzsystems, der Umsetzung der grundgesetzlich verankerten gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Einführung eines Entschuldungsfonds für überschuldete Kommunen auszusprechen.

Wir fordern mit unserem Antrag, dass die Stadt Osnabrück ebenfalls Mitglied des Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ wird!

Die Forderungen des Aktionsbündnisses sind ein guter erster Schritt. Wir brauchen auf Landes- und Bundesebene ein Umdenken in der Finanzpolitik. Wir brauchen endlich mehr Mittel um dringende Investitionen, die sich über die letzten Jahrzehnte angestaut haben, in Angriff nehmen zu können. Und wir brauchen mehr finanzielle Freiräume um unserem verfassungsrechtlichen Anspruch auf kommunale Selbstverwaltung gerecht zu werden! Dieser geht über die Erfüllung der festgelegten Aufgaben der Kommunen hinaus.“

Zum Antrag „NPOG auf basisdemokratische Füße stellen–Osnabrück für Bürger*innenbeteiligung zum Polizeigesetz“ der Fraktion DIE LINKE äußert sich Heidi Reichinnek:

„Der Protest gegenüber dem geplanten neuen Polizeigesetz in Niedersachsen ist groß. Auch in Osnabrück hat ein Bündnis eine Vielzahl von Menschen mobilisiert, ihre Ablehnung auf die Straße zu tragen. Bei der Großdemonstration in Hannover handelte es sich um die größte Demonstration in Niedersachsen in diesem Jahr.

Ein derart breite Skepsis in der Bevölkerung gegenüber einem Gesetzentwurf, zeigt für uns deutlich, dass in diesem Fall eine Bürger*innenbeteiligung angebracht ist. Daher fordern wir mit unserem Antrag die Landesregierung und den Landtag auf, eine entsprechende Bürger*innenbeteiligung vorzubereiten und im kommenden Jahr gemeinsam mit der Europawahl durchzuführen!“